

IFK AKTUELL



Aus dem Inhalt

Private Militärfirmen –
weltweit im Einsatz

Zum Hintergrund

Aktueller Stand

Problembereiche

Resümee

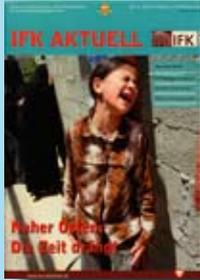
Private Militärfirmen – Geschäft mit dem Krieg

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt.



Private Sicherheits- und Militärfirmen

Setzt der Staat sein Gewaltmonopol aufs Spiel? Oder agiert er einfach kostenoptimierend? Tatsache ist, dass private Militärfirmen im Irak mit geschätzten 25 000 Mann nach den USA bereits das zweitstärkste Kontingent stellen. Das Buch beleuchtet politische, rechtliche und militärische Aspekte der Privatisierung von Sicherheit, um dem Leser ein möglichst umfassendes Bild zu vermitteln.



IFK Aktuell „Nahe Osten: Die Zeit drängt“

Diese Ausgabe des IFK Aktuell analysiert die anhaltenden Konflikte und negativen Entwicklungen im Nahen Osten, die ihn zum globalen sicherheitspolitischen Brennpunkt machen. Beobachter befürchten angesichts jüngster Entwicklungen, dass dieser Erdteil vollends in einem Gewaltchaos versinken könnte.



Zivil-Militärische Zusammenarbeit am Beispiel Afghanistan. Civil-Military Interaction – Challenges and Chances.

Diese Publikation von Walter Feichtinger und Markus Gauster beleuchtet einen kritischen Faktor des internationalen Krisenmanagements in Afghanistan. Internationale Experten mit operativen Erfahrungen aus den Bereichen Entwicklung, Diplomatie, Universität, Justiz, Polizei und Militär präsentieren dabei ihre unterschiedlichen Ansätze und Vorstellungen von Zusammenarbeit. Eine reibungslose, synergetische Kooperation stellt sich dabei trotz wachsendem Verständnis der Akteure im Feld als große Herausforderung dar.



Sorting out the Mess

Walter Feichtinger und Gerald Hainzl geben in dieser Publikation einen Überblick über Kriege, Konflikte und Konfliktmanagement in Westafrika, das Verhältnis zu Europa und die wechselseitigen Erwartungen der internationalen Player, die um Einfluss bemüht sind.

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. **IFK Aktuell** folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.

IFK Aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Es wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVak/BMLV) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte. Die Inhalte von IFK Aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLV unter:

www.bmlv.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml



Der Institutsleiter
Bgdr Dr. Walter Feichtinger



Islam, Islamismus und Islamischer Extremismus

Die Reaktionen der Medien auf die vereitelten Terroranschläge der letzten Zeit in Deutschland sowie die Verhaftung von potentiellen Angehörigen einer al-Qa'ida nahen Terrorzelle in Österreich verdeutlichen den Informationsbedarf in der Gesellschaft, was den Islam anbelangt.

Private Militärfirmen – Geschäft mit dem Krieg

Private Sicherheits- und Militärfirmen (PSF, PMF) sind v.a. seit der US-geführten Intervention in Afghanistan 2001 und dem Einmarsch im Irak 2003 nicht mehr aus dem militärischen Alltag wegzudenken. Bei genauerem Hinsehen wird ersichtlich, in welchem erstaunlichem Ausmaß westliche Militärs bereits von Unterstützungsleistungen privater Firmen abhängen. Damit steigt aber auch das Unbehagen in Öffentlichkeit und Politik – nicht zu Unrecht, wie dramatische Vorfälle mit PMF u.a. im Irak zeigen.

Es ist in Fachkreisen unbestritten, dass es klarer Vorstellungen über die Einsatz- und Kontrollmöglichkeiten der PMF-Branche bedarf. Angesichts steigender Erfordernisse im internationalen Krisenmanagement, wo der ressourcenverschlingende Wiederaufbau von Staaten als größte Herausforderung gilt, kann aber auch ihr potenzieller Beitrag nicht negiert werden. Positive Beispiele aus Afghanistan wirken hier ermutigend. Der Rückgriff auf private Akteure schafft aber auch Abhängigkeiten und kann die politische Handlungsfreiheit einschränken.

Während PMF ihr Angebot ständig erweitern und etwa in den Wiederaufbaubereich drängen, steckt die Diskussion über ihre Regulierung noch in den Kinderschuhen. Dabei wäre es dringend geboten, sich intensiv damit auseinanderzusetzen, denn PMF sind mittlerweile nicht nur im internationalen Konfliktmanagement ein Faktum. Das Bemühen dieser Firmen, durch Selbstregulierung zu einem seriösen Akteur zu werden und vom Söldnerimage loszukommen, ist loblich, aber sicher nicht ausreichend. Letztlich sind es Staaten und internationale Organisationen, die dieses „Gewerbe“ zu regeln und zu kontrollieren haben. Denn PMF üben in ihren Einsätzen auch organisierte Gewalt aus. Das bedeutet ein Vordringen in einen Bereich, der bislang dem Staat vorbehalten war.

Bei allen Vorteilen, die PMF der Politik verschaffen und bei all der Unterstützung, die sie regulären Streitkräfte zukommen lassen können – sie sind und bleiben ein zweischneidiges Schwert. Es wäre daher dringend geboten, sich auf breiter Basis mit ihrem Nutzen, damit verbundenen Entwicklungen und allfälligen Problemen zu befassen.

Inhalt	Private Militärfirmen (PMF) – weltweit im Einsatz	Seite 4
	Zum Hintergrund	Seite 5
	PMF im Vormarsch nach 1989	
	Rasanter Anstieg nach 9/11	
	Zum Vorwurf des Söldnertums	
	Aktueller Stand	Seite 8
	Das Leistungsspektrum von PMF	
	Tätigkeits- und Qualitätskontrolle	
	Private Nachrichtendienste	
	PMF im Einsatz	
	Problembereiche	Seite 13
	Auswirkungen im politischen Bereich	
	Die rechtliche Dimension	
	Auswirkungen auf reguläre Streitkräfte	
	Verflechtungen mit Wirtschaft und Politik	
	Resümee	Seite 17

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt.

Bild: Reuters

Erik Prince, CEO von Blackwater, informiert den US-Kongress über bewaffnete Zwischenfälle zwischen Blackwater-Mitarbeitern und Widerstandskämpfern im Irak (2. Oktober 2007).

Private Militärfirmen (PMF) – weltweit im Einsatz

Sie kämpfen im Irak, betreiben Camps in Bosnien-Herzegowina, schützen UNO-Vertreter und Afghanistans Präsident Hamid Karzai, sie steuern unbemannte Flugzeuge, verhören Gefangene und vermeintliche Terroristen, unterstützen militärische Nachrichtendienste, bilden fremde Soldaten aus und stellen die Wartung von Kriegsgerät sicher.

Der Vormarsch privater Militärfirmen scheint unaufhaltsam – aber um welchen Preis?

Viele Armeen könnten heute ihre zahlreichen Aufträge ohne Unterstützung privater Firmen nicht mehr im geforderten Umfang erfüllen. Für die USA standen Anfang 2008 mit etwa 182 000 Mann schon mehr „Contractors“ im Irak-Einsatz als reguläre Soldaten. Auch das Österreichische Bundesheer lässt sich in Auslandsmissionen von Privatfirmen – allerdings nur bei nichtmilitärischen Aufgaben – unterstützen und kann damit beträchtliche Einsparungen erzielen.

Während Skeptiker vor einer einseitigen Abhängigkeit, der Preisgabe militärischer Kernaufgaben und dem Verlust des Gewaltmonopols des Staates warnen, führen Befürworter rasche Verfügbarkeit, Effizienz und Kostenersparnisse durch den Einsatz privater Militärfirmen ins Treffen. Tatsache ist, dass der Markt rasch wächst, dringend erforderliche Regelungen aber auf sich warten lassen. Unbestreitbar ist auch, dass UNO, NATO und EU bei jeder Friedensmission erhebliche Probleme haben, die erforderlichen Kräfte bereit zu stellen. Aktuelle Beispiele dafür sind die Einsätze in Afghanistan, im Sudan und im Tschad, wo die realen Stärken weit hinter den Zusagen bzw. Notwendigkeiten bleiben.

Angesichts des Umstandes, dass internationales Krisenmanagement eine der größten sicherheitspolitischen Herausforderungen

darstellt, drängt sich die Frage auf, mit welchen personellen und materiellen Ressourcen Konflikte beendet und staatliche Strukturen wieder aufgebaut werden sollen. Darüber hinaus erwachsen aus neuen Bedrohungsformen wie etwa dem transnationalen Terrorismus sowie aus rasanten technologischen Entwicklungen Anforderungen, die von Nachrichtendiensten und regulären Streitkräften mit den bisherigen Ressourcen nicht mehr ausreichend zu bewältigen sind.

Private Anbieter haben das längst erkannt und drängen auf den Sicherheitsmarkt. Sie scheinen manchen Politikern und Analytikern, aber auch Militärs und Chefs von Nachrichtendiensten einen bequemen und logischen Ausweg zu bieten. Eine umfassende Diskussion, wie viel „Privat“ das „öffentliche Gut Sicherheit“ verträgt, lässt aber noch auf sich warten. Dabei wäre es höchst an der Zeit. Das belegen etwa dramatische Vorfälle im Herbst 2007 im Umfeld der Firma „Blackwater“, die im Auftrag der US-Regierung im Irak eingesetzt ist. Dabei drängt nicht nur die Frage, ob sich PMF mehr ihren Aktionären oder einem staatlichen Auftraggeber verpflichtet fühlen. Noch kritischer ist zu prüfen, ob sich Staaten mit der Verpflichtung „privater Soldaten“ nicht letztlich ihrer militärischen und außenpolitischen Handlungsfähigkeit sowie des Gewaltmonopols berauben. Bei aller Vorsicht und Skepsis ist aber auch zu beurteilen, welchen positiven Beitrag private Militär- und Sicherheitsfirmen in unterschiedlichsten Bereichen leisten können.

„Most PMCs are not mercenaries. They are a new breed of military trainers, technicians, advisors, drivers, consultants, medical, and security personnel. The negative connotations of the past must be abandoned and replaced with a more intellectual analysis of the best methods to control and utilize this resource.“

Gerald Schumacher: A Bloody Business, 2006

Zum Hintergrund

PMF im Vormarsch nach 1989

PMF in ihrer heutigen Form kennt man seit dem Ende des Ost-West-Konflikts, als Zehntausende qualifizierte Soldaten in Ost und West sowie Rüstungsgüter wie Kampfpanzer, Flugzeuge, Sturmgewehre etc. überschüssig wurden. Alternative Beschäftigung bzw. Anwendung versprachen zahlreiche innerstaatliche und regionale Konflikte nicht nur in der Dritten Welt. Damals entdeckten findige Geschäftsleute wie Eben Barlow – Gründer von Executive Outcomes (EO) – eine Marktlücke, weil die Nachfrage nach einschlägigen Dienstleistungen stetig zunahm. Als Auftraggeber traten dabei nicht nur Regierungen, sondern auch Konzerne und Einzelpersonen in Erscheinung. Einen zusätzlichen Impuls erfuhr die PMF-Branche nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 (9/11), als der Bedarf der USA an privaten Sicherheitsdienstleistungen für Militär und Nachrichtendienste enorm anstieg. Die PMF erweiterten daraufhin auch ihr Leistungsangebot. Somit wurden staatliche Aufträge auch an Private vergeben, die teilweise sogar die „Kernkompetenz“ des Militärs und anderer staatlicher Institutionen berührten.

Nicht selten wurden seither korrupte Machenschaften großer PMF aufgedeckt, die z.B. überhöhte Rechnungen ausstellten oder vereinbarte Dienstleistungen nicht erbrachten. Darüber hinaus kam es auch zu zahlreichen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen PMF-Angestellten und Aufständischen im Irak und Afghanistan, denen auch unbeteiligte Personen zum Opfer fielen. Erst aufgrund negativer Schlagzeilen insbesondere im Irak rückten PMF in den Brennpunkt öffentlichen Interesses.

Rasanter Anstieg nach 9/11

Als in den 1990er-Jahren die ersten PMF überwiegend in afrikanischen Ländern gegen Rebellen und zum Schutz von Fördergebieten wertvoller Rohstoffe eingesetzt wurden, waren weder Politik noch Öffentlichkeit mit dieser neuen Unternehmensform für private Sicherheitsdienstleistungen vertraut. Es waren Firmen wie Executive Outcomes (EO) und Sandline International (SI), die wegen ihrer Einsätze in Angola, Liberia und Sierra Leone in das Kreuzfeuer von Kritik gerieten. So wurde z.B. SI beschuldigt, das über Sierra Leone verhängte UN-Waffenembargo umgangen zu haben. PMF kamen aber nicht nur auf dem afrikanischen Kontinent, sondern auch während der jugoslawischen Zerfallskriege 1991–1995 zum Einsatz. Als bekanntestes Beispiel gilt in diesem Zusammenhang der Einsatz von Military Professional Resources Inc. (MPRI) in Kroatien. Angestellte dieser Firma waren u.a. für die Ausbildung kroatischer Sicherheitskräfte verantwortlich und auch an der Planung und Durchführung der großen Militäroffensive 1995 gegen separatistische Serben beteiligt.

Private Sicherheitsakteure waren bereits in den 1990er-Jahren im Auftrag westlicher Regierungen in verschiedenen Regionen der Welt tätig. Im Zuge des weltweiten Anti-Terrorkampfes und insbesondere seit dem Irak-Krieg 2003 nahm ihre Anzahl drastisch zu. Heute sind sich unabhängige Experten wie Deborah Avant, David Isenberg und Robert Young Pelton einig, dass militärische Operationen der US-Streitkräfte kaum noch ohne PMF möglich sind.

Zum Vorwurf des Söldnertums

PMF und ihre Mitarbeiter werden in Öffentlichkeit und Politik trotz veränderter sicherheitspolitischer Rahmenbedingungen nach 9/11 immer noch – aus Unkenntnis, Unwillen oder Absicht – als „Söldner“ eingestuft. Das wird allerdings den Gegebenheiten auch aus völkerrechtlicher Betrachtung nicht gerecht. Sicherheitsfirmen weisen gerne darauf hin, dass sie nur für demokratisch gewählte Regierungen tätig würden.

■ PMF und Wiederaufbauprogramme

PMF-Angehörige bewachen nicht nur hochrangige Politiker, sondern sichern auch große Wiederaufbauprojekte. Diese werden häufig durch mächtige Stammesführer, Terrorgruppierungen, Rebellenorganisationen, Widerstandskämpfer, Drogenbarone mit Paramilitärs etc. gefährdet. In diesem gefährlichen Umfeld nehmen sogar fallweise Hilfsorganisationen den bewaffneten Schutz von PMF in Anspruch, da sie sonst ihre humanitären Programme nicht umsetzen könnten.

Zu den wesentlichsten Kritikpunkten zählen: a) Eine angeblich hohe Gewaltbereitschaft von „Söldnern“ oder „Privatsoldaten“, b) ihre Unzuverlässigkeit, c) mangelnde Professionalität und d) unzureichende gesetzliche Verankerung. Man führt oft historische Vorbilder wie die Landsknechte, die Schweizer Garde oder Condottieri als Beispiele von „Söldnern“ an. Dazu ist anzuführen, dass es vor und während des Dreißigjährigen Krieges (1618–1648) Usus war, dass Herrscherhäuser für ihre Feldzüge so genannte Söldnertruppen engagierten. Diese damaligen Kriegsherren wurden grundsätzlich vom Feudalherrscher mit einem Patent oder Bestallungsbrief für die Aufstellung und Ausrüstung von bewaffneten Verbänden ausgestattet, wodurch sie nach damaligen Rechtsgrundsätzen Rechtmäßigkeit erlangten. Damit relativiert sich der Vorwurf, dass Söldner grundsätzlich illegal tätig waren. Zu den wohl bekanntesten „Söldnern“ gehörten „Helden“ wie Albrecht von Wallenstein, Friedrich Wilhelm von Steuben oder auch der Pirat Sir Francis Drake. Söldner gehörten bis zum Westfälischen Frieden

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt.

Schwer bewaffnetes Sicherheitspersonal von Blackwater bewachten US-Botschafter Zalmay Khalilzad im Irak (März 2006).

1648 zum Kriegsbild; sie waren nicht mehr und nicht weniger gewalttätig als Soldaten stehender Heere. Sowohl Söldnertruppen als auch stehende Heere waren für Plünderungen, Brandschatzungen und Verwüstungen ganzer Städte und Landstriche bekannt. Aber auch die Tatsache, dass im Zeitalter regulärer Streitkräfte – und damit sind v.a. das 19. und 20. Jahrhundert gemeint – Soldaten ganze Bevölkerungsteile massakrierten, relativiert die Behauptung der höheren Gewaltbereitschaft von Söldnertruppen. Ebenso lässt sich die Kritik, wonach Söldner eine schlechtere Disziplin hatten und weniger professionell agierten als stehende Heere, historisch kaum belegen.

Der Vorwurf erhöhter Gewaltbereitschaft und mangelnder Zuverlässigkeit dürfte auch PMF-Angestellte in aktuellen Einsatzräumen wie Irak oder Afghanistan nur in geringem Maße treffen. Allerdings überdecken Berichte darüber die positiven Leistungen, so etwa im Dienste der Sicherheit vieler hochrangiger Politiker und Funktionäre. Gegner der PMF argumentieren, dass v.a. die rechtliche Dimension ihrer Einsätze nicht geregelt ist und hier noch viel Arbeit durch die Politik geleistet werden muss. Dieser Punkt wird aber nicht nur von den Gegnern, sondern auch von den Interessensvertretungen selbst an die Politik herangetragen. Sie wissen, dass illegale Geschäftsaktivitäten der gesamten Branche schaden. Daher versuchen insbesondere die US-amerikanische und britische

Interessensvertretung, Mindeststandards für ihre Mitglieder zu schaffen, um negativem Verhalten und einem schlechten Image vorzubeugen. Der so genannte Code of Conduct (CoC) der International Peace Operations Association (IPOA) wurde nicht nur von Insidern formuliert, sondern basiert auf einer breit angelegten Diskussion mit NGOs und vor allem mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) in Genf. Die IPOA hat sich in ihrem CoC sogar verpflichtet, über bestimmte Aktivitäten von Mitgliedern zu berichten, die von Firmenseite als „vertraulich“ eingestuft werden. Aber auch die britische Interessensvertretung, die British Association of Private Security Companies (BAPSC), arbeitet mittlerweile mit Nachdruck an einem obligatorischen Selbstregulierungsregime in enger Abstimmung mit der britischen Regierung. Sollte sich dieses Reglement als nicht ausreichend erweisen, würde die britische Regierung entsprechende Schritte von staatlicher Seite setzen. Daran haben die britischen PMF allerdings kein

großes Interesse, weil sie damit an „Attraktivität“ verlieren würden. Daher kann davon ausgegangen werden, dass die BAPSC möglichst umfassende Qualitätsstandards erlassen will, die für die Politik annehmbar sind.

■ Freie versus obligatorische Selbstregulierung

In der Regulierungsdebatte der PMF kann man zwischen einer freien und einer obligatorischen Selbstregulierung unterscheiden. Bei der freien Selbstregulierung kontrolliert eine Interessensorganisation die Mitglieder eines bestimmten Wirtschaftszweiges ohne rechtlich verbindliche Normen. Dagegen beruht die obligatorische Selbstregulierung auf einem politischen Mandat, das die Regulierungsverantwortung bestimmt.

In der PMF-Branche verfolgt die britische Interessensvertretung (BAPSC) den obligatorischen, die IPOA (USA) hingegen den freien Selbstregulierungsansatz.

The Peace and Stability Industry			
Unternehmensform	Logistic & Support Companies (LSCs) Logistik- & Unterstützungsfirmen	Private Security Companies (PSCs) Private Sicherheitsfirmen	Security Sector Reform & Development Companies (SSR&Ds) Sicherheitssektorreform- & Entwicklungsfirmen
angebotene Dienstleistungen (Beispiele)	Logistik und Unterstützung Risikoberatung Sanitätsdienste Instandhaltung Anlagenbau Maschinenbau / technische Konstruktionen Abfallmanagement Strategischer Transport	Objektschutz Personenschutz Reise- und Transportschutz erstellen Bedrohungsanalysen (nachrichtendienstliche) Aufklärung	Reform des Sicherheitssektors wirtschaftliche Entwicklung Krisenentschärfung und Wiederaufbau

Kategorien von Firmen nach IPOA-Definition.

Quelle: Doug Brooks. IPOA, Washington D.C., 2008.

Tätigkeits- und Qualitätskontrolle

Während in den USA und Großbritannien die Problematik der Privatisierung von Sicherheit bereits seit längerem diskutiert wird, scheuen sich europäische Regierungen noch immer, diesen Bereich anzugehen. Sollte die Europäische Union diesen Problembereich weiterhin ignorieren, dann besteht die Gefahr, dass die politische Initiative in Bezug auf eine Regulierung von den PMF ergriffen wird. In diesem Zusammenhang fordern Experten von der Politik die Etablierung einer funktionierenden Tätigkeits- und Qualitätskontrolle, um in erster Linie Korruption und operativem Fehlverhalten von PMF und ihren Angestellten vorbeugen zu können. Eine effektive Tätigkeits- und Qualitätskontrolle bedarf vor allem rechtlicher Maßnahmen, um die Verantwortlichkeit der Auftraggeber und Auftragnehmer festzulegen. Dies erscheint notwendig, damit Politiker und Militärs die Einbindung von PMF als Option wahrnehmen können. Nicht nur die Dienstleistungen, sondern auch das (öffentliche) Vergabeverfahren sollten einer begleitenden staatlichen Kontrolle unterworfen werden.

Neben der Selbstregulierung sollten auch entsprechende parlamentarische Kontrollmechanismen geschaffen werden, um Korruption und Machtmissbrauch zu verhindern. Private nachrichtendienstliche Aktivitäten stellen einen besonders brisanten Bereich dar, da Informationen für politische Entscheidungen herangezogen werden. Die Gefahr einer Manipulation z.B. aus ökonomischen Interessen ist in diesem Fall besonders zu beachten.

■ Verschiedene Begriffe

Private Sicherheitsakteure sind rechtlich anerkannte Wirtschaftssubjekte westlicher Länder, die teilweise ein ausgeprägtes Naheverhältnis zu den jeweiligen Militärs aufweisen und diese auch bei diversen Operationen und Friedensmissionen unterstützen. Dabei handelt es sich zum Großteil um Logistik, Wartung, Ausbildung von Soldaten und die Bedienung von Waffensystemen. Je nach Art der Dienstleistung unterscheiden Experten daher zwischen privaten Sicherheitsfirmen (PSF), privaten Militärfirmen (PMF) und privaten Intelligence-Firmen (PIF). In der Praxis ist diese Differenzierung allerdings nicht immer hilfreich, da es viele Überlappungsbereiche gibt. Häufig werden daher PSF und PMF synonym verwendet.

Auch die Branche selbst hat bislang keine klaren Begriffe entwickelt. Einigermaßen nachvollziehbar erscheint die Einteilung der „Peace and Stability Industry“ durch IPOA in a) Logistics and Support Companies (LSC), b) Private Security Companies (PSCs) und c) Security Sector Reform and Development Companies (SSR&Ds).

Aktueller Stand

Das Leistungsspektrum von PMF

Welche Sicherheitsdienstleistungen bieten PMF nun eigentlich an? Das Angebot umfasst dem deutschen PMF-Experten Marc von Boemcken zufolge primär fünf Dienstleistungsbereiche, die grundsätzlich Staaten als Auftraggeber vorbehalten sind. Eine ausreichende rechtliche Grundlage für das Anbieten dieser Sicherheitsdienstleistungen durch Private gibt es allerdings nicht:

- ⇒ *Bewaffnete operative Gefechtsunterstützung*: Meint alle Leistungen, die „in unmittelbarer Nähe zum Kampfgeschehen erbracht werden und die aktive, bewaffnete Teilnahme an Kampfhandlungen beinhalten“. Grundsätzlich handelt es sich hierbei um spezialisierte „taktische Nischen“, um reguläre Streitkräfte durch eine Multiplikatorenfunktion zu unterstützen.
- ⇒ *Militärische Sicherheit*: Als Dienstleistungsschwerpunkte gelten hier Objekt-, Personen- und Konvoischutz. Dies wird sowohl im „grenzüberschreitenden Rahmen“ angeboten als auch in den aktuellen Konflikträumen erbracht (erhöhtes Einsatzrisiko).
- ⇒ *Unbewaffnete operative Gefechtsunterstützung*: Diese Art der Dienstleistung bedeutet keine unmittelbare Teilnahme an Kampfhandlungen, sondern vielmehr eine indirekte Unterstützung militärischer Operationen. Als Beispiel kann die private Luftaufklärung von AirScan zur Überwachung und Sicherung irakischer Erdölpipelines gelten.
- ⇒ *Militärische Beratung und Ausbildung*: Dabei handelt es sich um ein Dienstleistungsspektrum, das nicht direkt am Gefechtsfeld, sondern im rückwärtigen Raum erbracht wird. Militärische Beratung und Ausbildung haben jedoch unmittelbare Auswirkungen auf die strategische und operative Einsatzplanung (inkl. Ausbildung von Soldaten).
- ⇒ *Militärische Unterstützung*: Diese Dienstleistung umfasst zahlreiche „Sekundäraufgaben“ zur Unterstützung regulärer Streitkräfte wie logistische Aufgaben, Instandhaltung von Gerät und Waffensystemen, Übersetzungs- und Verhörtätigkeiten sowie Bedienung von modernen Waffensystemen.

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt.

Auch Angehörige der US-Streitkräfte werden von PMF ausgebildet. Hier: Schießtraining am privaten Truppenübungsplatz von Blackwater in Moyock, North Carolina.

Private Nachrichtendienste

Neben militärischen Operationen und internationalen Friedensmissionen verlangt auch der nachrichtendienstliche Bereich (Intelligence) zusätzliche Kapazitäten, die in den USA aus dem Privatsektor zugekauft werden. Verlässliche Zahlen über den Umfang der Auslagerung von nachrichtendienstlichen Aufgaben fehlen zwar, aber Experten gehen davon aus, dass bis zu 70% des US-Intelligence-Budgets für spezielle Dienstleistungen privater Nachrichtendienste verwendet werden. Im Zuge der Auslagerung nachrichtendienstlicher Aufgaben kam es bereits zu umfangreichen personellen Verzahnungen zwischen den US-Intelligence-Behörden und Angestellten privater Nachrichtendienste. Experten schätzen die Anzahl externer Mitarbeiter in der US-Intelligence Community auf 15 000. Das externe Personal ist mittlerweile in alle Verfahrensstufen des so genannten „Intelligence Cycle“ eingebunden. Es beschafft Informationen, wertet sie aus und erstellt nachrichtendienstliche Analysen, die dann an die jeweiligen Bedarfsträger gehen. Dabei finden alle bekannten Beschaffungsmethoden (z.B. HUMINT, SIGINT, OSINT etc.) Anwendung.

Kritiker befürchten allerdings, dass es bei der Auslagerung sensibler Bereiche zu einer Interessensabstimmung zwischen Politik und Wirtschaft kommen und nationale Sicherheitsinteressen an Bedeutung verlieren könnten. Des Weiteren wird auch auf das Risiko verwiesen, dass einflussreiche Rüstungskonzerne über ihre Verflechtungen mit privaten Nachrichtendiensten politische Zielsetzungen und Entscheidungen beeinflussen könnten. Das ist aufgrund der noch recht rudimentären politischen, rechtlichen und parlamentarischen Kontrolle durchaus denkbar. In keinem westlichen Land

sind bislang die Tätigkeiten privater Nachrichtendienste umfassend geregelt, wodurch ihr Einsatz eine besondere Herausforderung für das rechtsstaatliche Prinzip darstellt. Offene Fragen sind beispielsweise: Wer darf private Nachrichtendienste beauftragen und unter welchen Bedingungen? Wer ist für die Qualität der gewonnenen Analyse verantwortlich? Dürfen die erhobenen Daten überhaupt verwendet werden? Welche Auswirkungen hat ihr Einsatz auf die Grundrechte der einzelnen Bürger? Sind private Nachrichtendienste in der Lage, sensible Daten zu erheben und sollen sie im Kampf gegen den Terrorismus grundsätzlich eine Rolle spielen?

■ Formen der Entstaatlichung von Gewalt

Bei der Entstaatlichung von Gewalt lassen sich drei Formen unterscheiden, und zwar die Kommerzialisierung von Gewalt, das Outsourcing und die Privatisierung, wobei letztere von oben und unten stattfinden kann. Nach Rolf Uessler entwickeln bei der Kommerzialisierung von Gewalt „Private im Bereich staatlicher Tätigkeiten ökonomische Aktivitäten und bieten diese zum Zweck der Gewinnerwirtschaftung zum Teil in Konkurrenz zum Staat auf dem Markt an“. Beim Outsourcing handelt es sich nach Uessler um die Auslagerung von staatlichen (militärischen) Aufgaben in den Privatsektor, die nicht zum „Kernbereich“ des Militärs gehören. Privatisierung von Sicherheit von oben bedeutet Entstaatlichung durch politische Entscheidungsträger und andere Eliten, die teilweise als problematisch gilt. Die Privatisierung von oben erfordert eine strenge parlamentarische Kontrolle, um illegale Vorgänge und Absprachen bei der Privatisierung zu verhindern (Gefahr von Korruption und Machtmissbrauch). Während die Privatisierung von oben mit Hilfe gefestigter demokratischer Institutionen kontrolliert und gesteuert werden kann, bedeutet die Privatisierung von unten die Nichtanerkennung des staatlichen Gewaltmonopols und der institutionellen Träger durch einen signifikanten Teil der Bevölkerung. Durch die Privatisierung von unten entstehen bewaffnete Konflikte des Staates mit Rebellen, Terroristen und/oder Kriegsherren.

PMF im Einsatz

Irak – Einsatz einer „Schattenarmee“

Derzeit stellt der Irak das größte Betätigungsfeld für private Sicherheitsakteure dar. Experten sprechen von der zweitgrößten „Armee“ im Zweistromland, in dem sich rund 25 000 gut ausgebildete Privatsoldaten aus den verschiedensten Ländern befinden. Zusammen mit den so genannten „LN“s“ (Local Nationals) beläuft sich die Zahl des privaten Sicherheitspersonals schätzungsweise auf über 180 000 Mann. Zu ihren wesentlichen Aufgaben gehört etwa die Bewachung des Nachschubes für militärische Einheiten, das Betreiben von Camps und Flugplätzen, das Errichten von Stützpunkten, die Bewachung von westlichem Personal und der

Schutz wichtiger Ölförderanlagen. Das private Sicherheitspersonal ist täglich bewaffneten Angriffen ausgesetzt; es wurde neben den US-Soldaten zu einem Hauptangriffsziel der Aufständischen. Die von Privatsoldaten mitgeführte persönliche Schutzausrüstung und Bewaffnung darf ausschließlich zur Selbstverteidigung eingesetzt werden. Waffengewalt soll nur als Gegenmaßnahme auf einen Angriff angewendet werden, um sich von den Angreifern zu lösen. Der Großteil des eingesetzten privaten Sicherheitspersonals dürfte sich daran halten und die zugewiesenen Aufträge professionell und verlässlich erfüllen. Das Bild in der Öffentlichkeit wird allerdings von einigen Ausnahmen geprägt, die Fehlverhalten an den Tag legen und das Negative prägen.

Besonders im kritischen Aufgabenfeld Intelligence sind in der Vergangenheit – wie der Folterskandal in Abu Ghraib drastisch verdeutlichte – erhebliche Probleme entstanden. Diese sind v.a. auf mangelnde Kontrolle und Überwachung privater Sicherheitsakteure durch staatliche Kontrollorgane zurückzuführen. Dies hat in den USA (und in geringerem Ausmaß auch in Großbritannien) bereits zu heftigen politischen Debatten geführt. Angehörige vom PMF sind mittlerweile mehr gefährdet als andere

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt.

Mitarbeiter einer US-amerikanischen PMF beim Abtransport eines zerstörten Lastkraftwagens nach einem Angriff irakischer Widerstandskämpfer.

Akteure. Sie werden nicht nur häufig attackiert, sondern auch als Geiseln genommen, wie der Fall des Österreicher Bert Nussbaumer, der für die US-Firma Crescent Security Group im Einsatz war, belegt. Von den etwa 25 000 „Privatsoldaten“ sind seit 2003 bereits mehr als 1 000 getötet worden. Dieser Umstand erregte aber in der Öffentlichkeit wesentlich weniger Aufmerksamkeit als die Zahl der gefallenen Soldaten, die in einer Statistik genau erfasst werden.

Private Sicherheits- und Militärgeschäfte

Geschäftsvolumen der PSCs und PMCs:

ca. 100 Mrd. US\$ (2006)

Europa

Sechs Sicherheitsfirmen sind mit insgesamt 65 Mitarbeitern in Europa tätig.

(Quelle: IPOA Strategic Survey 2006)

BAPSC
BP
CPA
DSC
DSE
EO
EODT
IPOA
LOGCAP
PMC
PSC
PSCAI
SI
SOF

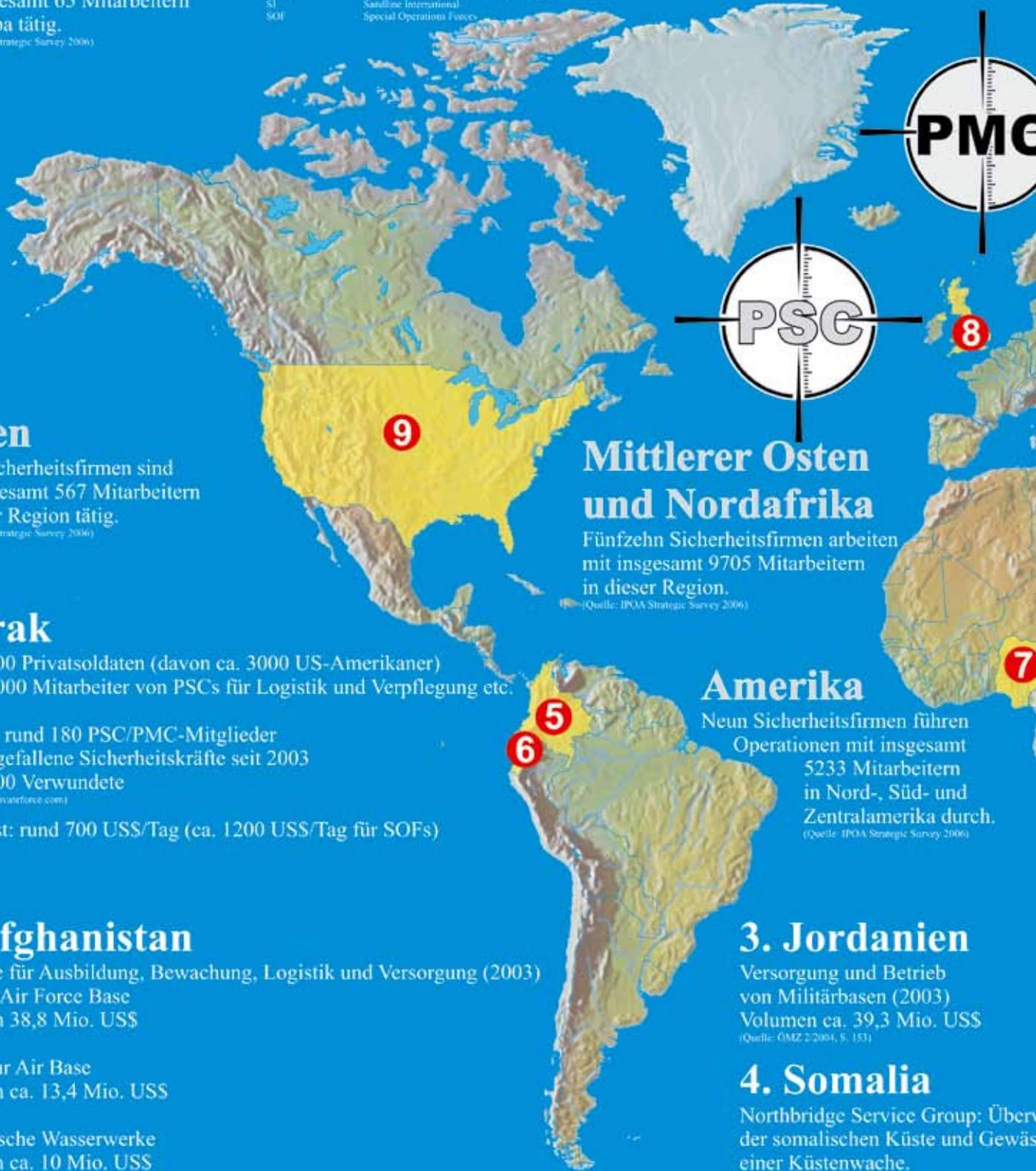
British Association of Private Security Companies
British Petrol
Coalition Provisional Authority
Defence Systems Colombia
Defence Systems Ecuador
Executive Outcomes
EOD Technology, Inc.
International Peace Operations Association
Logistics Civil Augmentation Program
Private Military Companies
Private Security Companies
Private Security Company Association of Iraq
Sandline International
Special Operations Forces

USA

Das Pentagon plante 2007 Aufgaben in der Höhe von

- 480 Mio. US\$ für den S
- 475 Mio. US\$ für nach
- 450 Mio. US\$ für den K

(Quelle: CRS, RL32419, 2007, S. 10)



Asien

Zehn Sicherheitsfirmen sind mit insgesamt 567 Mitarbeitern in dieser Region tätig.

(Quelle: IPOA Strategic Survey 2006)

1. Irak

ca. 25 000 Privatsoldaten (davon ca. 3000 US-Amerikaner)
ca. 100 000 Mitarbeiter von PSCs für Logistik und Verpflegung etc.

PSCAI: rund 180 PSC/PMC-Mitglieder
ca. 916 gefallene Sicherheitskräfte seit 2003
ca. 13 000 Verwundete

(Quelle: www.privateforce.com)

Verdienst: rund 700 US\$/Tag (ca. 1200 US\$/Tag für SOFs)

2. Afghanistan

Aufträge für Ausbildung, Bewachung, Logistik und Versorgung (2003)
Bagram Air Force Base
Volumen 38,8 Mio. US\$

Kandahar Air Base
Volumen ca. 13,4 Mio. US\$

Afghanische Wasserwerke
Volumen ca. 10 Mio. US\$
(alle im Rahmen von LOGCAP)

(Quelle: ÖMZ 2/2004, S. 153)

Anzahl privater Sicherheitskräfte aus den USA: ca. 1000–2000

Mittlerer Osten und Nordafrika

Fünfzehn Sicherheitsfirmen arbeiten mit insgesamt 9705 Mitarbeitern in dieser Region.

(Quelle: IPOA Strategic Survey 2006)

Amerika

Neun Sicherheitsfirmen führen Operationen mit insgesamt 5233 Mitarbeitern in Nord-, Süd- und Zentralamerika durch.

(Quelle: IPOA Strategic Survey 2006)

3. Jordanien

Versorgung und Betrieb von Militärbasen (2003)
Volumen ca. 39,3 Mio. US\$

(Quelle: ÖMZ 2/2004, S. 153)

4. Somalia

Northbridge Service Group: Überwachung der somalischen Küste und Gewässer einer Küstenwache.

(Quelle: Northbridge Service Group, Pressemitteilung, Juni 2006)

Ärfirmen

die Auslagerung von militärischen
rund 1,5 Mrd. USS:
Schutz militärischer Stützpunkte
richtendienstliche Aufgaben
Konvoischutz

Aufträge im Irak (2003–2007)

- Blackwater: Personenschutz Paul Bremer, 300 Mio. USS (2003–2006)
- Aegis Defence Services: Schutz für Wiederaufbauprojekte, 293 Mio. USS (3% des CPA Program Management Office)
- DynCorp: Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte, 50 Mio. USS
- AirScan: Luftüberwachung von Pipelines, 10 Mio. USS
- Erinys: Schutz von Ölpipelines, 100 Mio. USS
- ArmorGroup: wichtigster Anbieter für den Schutz von Konvois (1200 Mitarbeiter)
- Halliburton: Aufbau der irakischen Ölinfrastruktur, 1,2 Mrd. USS (2004)



Afrika

Einsätze von Executive Outcomes (EO)
und Sandline International (SI)
in den 1990er Jahren:

- Angola (EO) Kampfunterstützung
- Sierra Leone (EO, SI) Kampfunterstützung

(Quelle: Baenke Tälper, www.iss.eu, 2007)

5. Kolumbien

Defence Systems Colombia (DSC):
Personen- und Objektschutz für
internationale Konzerne (z.B. BP, Chevron,
Philip Morris International etc.) und Organisationen,
seit über 20 Jahren. (Quelle: www.amorgroup.com, 2007)

6. Ecuador

Defense Systems Ecuador (DSE):
Personen- und Objektschutz für internationale Konzerne
(z.B. Andes Petroleum, Baker Hughes, Schlumberger, Philip Morris etc.), seit 12 Jahren.
(Quelle: www.amorgroup.com, 2007)

7. Nigeria

ArmorGroup International: Personen-
und Objektschutz für die
US-Botschaft in Abuja, Nigeria.
Vertragsdauer: 5 Jahre
Volumen: ca. 19 Mio. USS

(Quelle: www.amorgroup.com)

Erinys „Oil Protection Force“ für die
Ibru Organisation in der Delta-Region.

(Quelle: www.erinysinternational.com)

8. Großbritannien

BAPSC, Interessensorganisation der
britischen PSCs und PMCs in London
21 Vollmitglieder und
4 assoziierte Mitglieder

(Quelle: www.bapsc.org.uk)

9. USA

IPOA, Interessensorganisation
der amerikanischen PSCs und
PMCs in Washington, D.C.
35 Mitglieder:

- ArmorGroup
- Blackwater
- DynCorp
- EODT
- Greystone
etc.

(Quelle: www.ipowindoc.org)

wachung und Kontrolle
sowie Aufbau

Wertvolle Unterstützung in Afghanistan

Der Einsatz privater Sicherheitsakteure in Afghanistan wird vom deutschen Polizei-Experten Gerald Stöter grundsätzlich positiv bewertet, da er für die Wiederaufbauprogramme der internationalen Staatengemeinschaft von essentieller Bedeutung ist. So führen PSF/PMF im Auftrag der internationalen Staatengemeinschaft neben logistischen und Bewachungsaufgaben auch die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte durch. Professionell ausgebildete Soldaten und Polizisten können erheblich dazu beitragen, das Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen zu heben. Das ist ein wesentlicher Faktor beim Aufbau rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen.

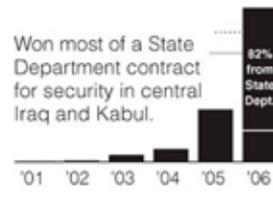
Neben Deutschland investieren v.a. die USA massiv in den afghanischen Sicherheitsapparat. Neben der Ausbildung ist hier auch auf die Beratung auf ministerieller Ebene hinzuweisen. Sie stützen sich dabei in hohem Maße auf private Firmen wie DynCorp, MPRI und (seit 2006) auch Blackwater. So bildete DynCorp nach Darstellung Stöters in den vergangenen Jahren mit etwa 540 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern immerhin mehr als 60 000 Polizisten im ganzen Land aus. MPRI war an der Strukturierung der afghanischen Ministerien für Verteidigung und Inneres beteiligt. Blackwater konzentriert sich v.a. auf die Spezialausbildung von Grenzpolizei und Spezialeingreiftruppen (z.B. Durchführung eines Basis-Überlebens-Kurses). Allerdings wurde dabei auch bemängelt, dass PMF hauptsächlich nach militärischen Grundsätzen ausbilden, weil ihnen ein „wirklicher polizeilicher Hintergrund“ fehlt.

The Rise Of Two Contractors

The government's increasing use of private contractors has fueled the growth of companies like Blackwater USA and DynCorp International.

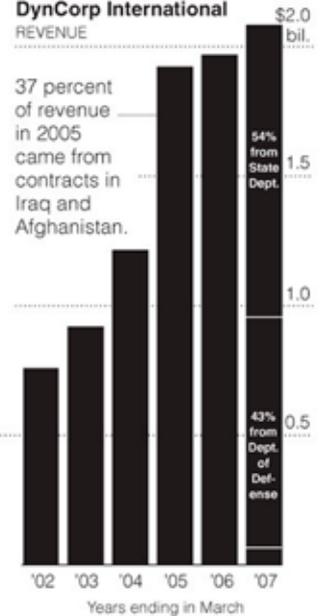
Blackwater USA FEDERAL CONTRACTS

Won most of a State Department contract for security in central Iraq and Kabul.



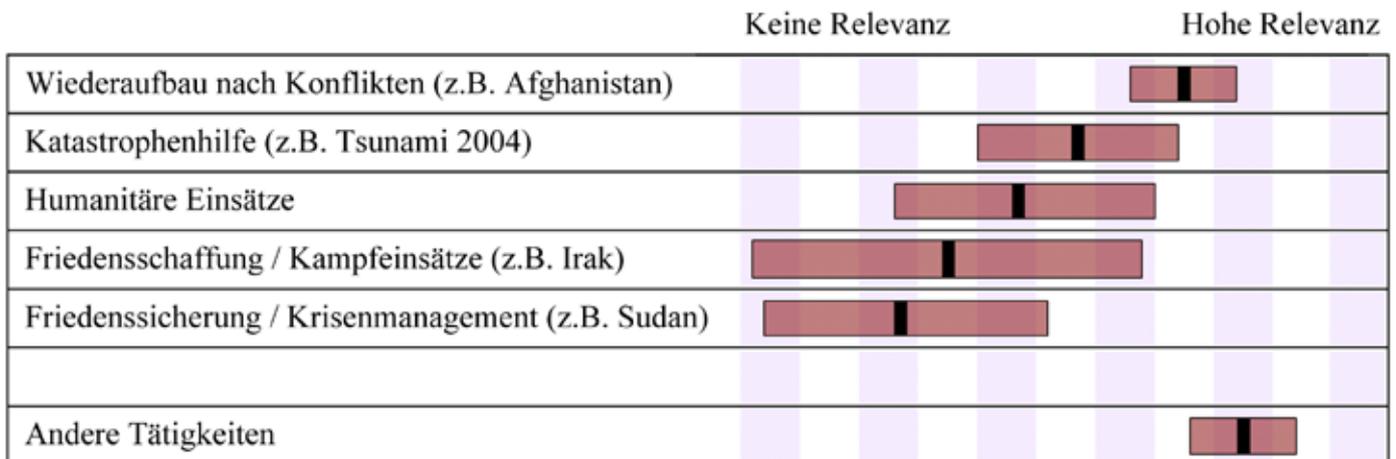
DynCorp International REVENUE

37 percent of revenue in 2005 came from contracts in Iraq and Afghanistan.



Quelle: New York Times: The Rise of Two Contractors (23.10.2007).
Online-Dokument: <http://www.nytimes.com/imagepages/2007/10/23/washington/20071024_CONTRACT_GRAPHIC.html>, abgerufen am 5.3.2008.

Einschätzung der zukünftigen Betätigung von PMF



Mittlere und Standard Abweichung

Quelle: Walter Feichtinger, IFK-Tagung „Privatisierung von Sicherheit – Möglichkeiten und Risiken für reguläre Streitkräfte im Internationalen Konfliktmanagement“ vom 22.–24.5.2007 in Wien.

Problembereiche

Auswirkungen im politischen Bereich

Die zunehmenden Aktivitäten von PMF können erhebliche Auswirkungen auf die Politik und ihre Instrumente haben. Das negative Spektrum umfasst dabei potenziell die Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols, einen Verlust an außen- und sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit des Staates, eine innen- und außenpolitische Einflussnahme durch Konzerne und eine operative Abhängigkeit v.a. in militärischen Belangen. Dazu kommt, dass Regierungen für das Fehlverhalten von PMF, die in ihrem Auftrag agieren, die politischen Konsequenzen zu tragen haben.

Als positive Aspekte aus der Sicht mancher US-Politiker gelten die rasche Verfügbarkeit von PMF und somit höhere Handlungsfähigkeit. Deren Einsatz erregt in der Öffentlichkeit und Opposition geringere Widerstände und macht zusätzliche Ressourcen nutzbar, die in den Streitkräften nicht oder nicht im erforderlichen Umfang vorhanden sind. Für positive wie negative Aspekte gilt, dass sich Staaten damit auseinander zu setzen haben, weil Regelungen und Kontrolle in ihre Verantwortung fallen.

In der Außen- und Sicherheitspolitik der USA nehmen PMF bereits eine bedeutende Position ein, weil sie nicht nur zur Unterstützung von Streitkräften herangezogen, sondern ihre Vertreter auch in politischen Funktionen eingesetzt werden. In einigen Fällen fungieren PMF auch als außenpolitisches Instrument, wenn sie z.B. im Auftrag der Regierung Soldaten, Spezialeinsatzkräfte und/oder Anti-Terrorereinheiten befreundeter Staaten ausbilden. Private Sicherheitsakteure können politische Prozesse aber auch empfindlich stören, was zu weitreichenden zwischenstaatlichen Irritationen oder sogar zur Ausweitung von Gewalt führen kann. Ein Beispiel sind die Vergeltungsaktionen der US-Armee gegen Aufständische, die zahlreiche Opfer auf beiden Seiten forderten. Sie waren auf Anordnung des US-Verwalters im Irak, Paul Bremer, als Reaktion auf die Ermordung von vier Blackwater-Mitarbeitern in Falludscha 2004 erfolgt. Sie wurden vielfach als überzogen bezeichnet und haben dem Ansehen der USA im Irak (aber auch im gesamten arabischen Raum) mehr geschadet als genützt.

Die unzureichende Kontrolle von PMF nährt die Befürchtung, dass eine umfassende Auslagerung von militärischen Aufgaben in den privaten Bereich das staatliche Gewaltmonopol untergraben könnte. Kritiker weisen auch darauf hin, dass gerade die Streitkräfte und ihre Fähigkeit zu selbstständigem Agieren (militärische Kernkompetenz) als Ausdruck von Staatlichkeit zu sehen sind.

Nachdem sich die Staaten der Problematik nur sehr zögerlich annehmen, haben PMF die Initiative ergriffen und eigene Überlegungen für eine effektive Tätigkeits- und Qualitätskontrolle angestellt. Denn Reputation ist vonnöten, um Aufträge zu erhalten und Gewinn zu erzielen. In eigenen Interessensvertretungen haben sie Richtlinien erstellt (CoC), die Mitglieder zur Professionalität anhalten und insbesondere zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts verpflichten. Verstöße dagegen können bis zum Ausschluss aus der jeweiligen Organisation führen. Ob solche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Gewaltmonopols zweckmäßig und ausreichend sind, wird in Fachkreisen jedoch bezweifelt. Man geht vielmehr davon aus, dass grundsätzlich staatliche Regulierungsmechanismen für eine effektive Tätigkeits- und Qualitätskontrolle zu sorgen haben.

Neben den Selbstregulierungsansätzen der Interessensvertretungen hat die Schweizer Regierung auch eine internationale Initiative zur Regulierung des privaten Sicherheitsmarktes gestartet. Sie stellt einen ersten ernstzunehmenden Versuch in Richtung einer internationalen Regulierung der PMF dar und soll Vorschläge für nationale Regelungen erarbeiten.

Die Zurückhaltung der internationalen Staatengemeinschaft bei der Einführung von Regelungen auf internationaler Ebene ist irritierend, da sie selber die Dienste von PMF in Anspruch nehmen. Vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung der PMF-Branche und angesichts negativer Vorfälle wie im Irak erscheint eine effektive Regulierung dringend geboten.

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt.

Ausbildung von irakischen Sicherheitskräften durch Angehörige von US-Militärfirmen

Die rechtliche Dimension

Nach Auffassung von (Völker-)Rechtsexperten wie Michael Pesendorfer und Christian Schaller tangiert die Privatisierung von Sicherheit vier Bereiche des Völkerrechts:

- a) Das Recht der Gewaltanwendung in Zusammenhang mit den Grundlagen der Staatenverantwortlichkeit,
- b) das humanitäre Völkerrecht,
- c) das internationale Strafrecht und
- d) Ansätze für eine internationale Regulierung.

Viele der bereits bestehenden Bestimmungen sind allerdings international nur schwer zu realisieren, da sie in der praktischen Umsetzung am Widerstand einflussreicher Staaten, die den PMF-Einsatz aus politischen Gründen als zweckmäßig erachten, scheitern (z.B. die Internationale Konvention gegen Rekrutierung, Verwendung, Finanzierung und Ausbildung von Söldnern, Abkommen der OAU über die Abschaffung des Söldnertums in Afrika).

■ Drei Handlungsoptionen im Krisenmanagement

Bedingt durch die hohen Erfordernisse im internationalen Krisenmanagement ergibt sich heute eine paradoxe Situation: Obwohl der Bedarf an militärischen Mitteln für das internationale Krisenmanagement zunimmt, müssen die regulären Streitkräfte mit immer weniger Personal und finanziellen Mitteln das Auslangen finden. Für die Zukunft lassen sich daraus drei Handlungsoptionen folgern:

- a) Einfrieren des aktuellen Standes oder die Einstellung des Engagements der Staatengemeinschaft,
- b) Stärkung staatlicher Instrumente (insbesondere der Streitkräfte) und
- c) gleiches oder erhöhtes Engagement mit verstärktem Einsatz sonstiger Akteure, insbesondere von PMF.

Man geht davon aus, dass v.a. die dritte Handlungsoption für die aktuellen und zukünftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen bestimmend sein wird. Damit sich allerdings die negativen Auswirkungen in Grenzen halten, sind die PSF und PMF einer effektiven Tätigkeits- und Qualitätskontrolle zu unterwerfen.

Die strafrechtliche Problematik bei der Ahndung krassen Fehlverhaltens zeigt sich am Blackwater-Zwischenfall vom 16. September 2007, bei dem mehrere Zivilisten ums Leben gekommen sind. Die Mitarbeiter von PMF genießen nämlich aufgrund einer besonderen Vereinbarung zwischen der damaligen irakischen Übergangsregierung und den USA (Coalition Provisional Authority, CPA-Order 17, 2004) Immunität gegenüber irakischen Behörden.

Generell ist aber festzuhalten, dass die Immunität von PMF nicht als Freibrief zur unverhältnismäßigen Gewaltanwendung gesehen wird. Es geht nach US-Auffassung primär darum, das nicht-irakische Sicherheitspersonal vor willkürlicher Strafverfolgung durch

irakische Behörden, die in einem Untersuchungsbericht des US-Außenministeriums als unzuverlässig und korrupt bezeichnet wurden, zu schützen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum das US-Außenministerium dem Ansuchen der irakischen Regierung um Auslieferung der betroffenen Blackwater-Angestellten nicht zugestimmt hat. Offensichtlich strafrechtlich relevante Handlungen von privatem Sicherheitspersonal können daher nur nach deren Rückkehr in ihr Heimatland von diesem geahndet werden.

Auf US-amerikanischer Ebene findet sich die Möglichkeit zur strafrechtlichen Verfolgung auf Basis des Military Extraterritorial Jurisdiction Act (MEJA). Eine Anwendung erfolgt jedoch nur, wenn das Verteidigungsministerium der Auftraggeber ist. Im Falle von Blackwater war das US-Außenministerium der Auftraggeber, wodurch eine strafrechtliche Verfolgung etwaiger Vergehen nach nationalem US-Strafrecht erfolgen müsste. Allerdings scheint der politische Wille in Washington nicht sehr ausgeprägt zu sein, strafrechtlich relevante Tatbestände von PMF-Angehörigen auch tatsächlich zu ahnden. Kritiker weisen daher zu Recht darauf hin, dass PMF und ihre Angehörigen teilweise in einer rechtlichen Grauzone agieren; sie sind demnach vor einer Strafverfolgung nicht immun, doch ist deren Wahrscheinlichkeit sehr gering.

Auswirkungen auf reguläre Streitkräfte

Der vermehrte Einsatz von PMF ergibt aus Sicht regulärer Streitkräfte ein ambivalentes Bild. Einerseits kann das Engagement von PMF eine wesentliche Unterstützung oder Entlastung bedeuten, andererseits erhöhen sie den Aufwand und werden letztlich sogar zur Konkurrenz. Grundsätzlich genießen PMF bei militärischen Planern und Kommandeuren großes Ansehen, weil sie rasch verfügbar sind, hohe Reaktionsfähigkeit und Flexibilität aufweisen, professionell agieren, über einen hohen Ausbildungsstand verfügen und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit mitbringen. Andererseits stellen sie natürlich ein zusätzliches Element in einem Einsatzraum dar, das nicht in die Kommandokette eingebunden ist und den Koordinierungsaufwand sowie die Gefahr von Friendly-Fire-Zwischenfällen erhöht.

Auf höchster Ebene wird vermerkt, dass die Eigenständigkeit der Streitkräfte durch die Einbeziehung privater Firmen systematisch abnimmt. Denn PMF bewachen nicht nur öffentlichkeitswirksam hohe Funktionsträger, sondern sie steuern auch Aufklärungsdrohnen und warten neue Kampfflugzeuge der US-Streitkräfte. PMF entwickeln, testen und bedienen außerdem neue Waffen sowie Teile der Hi-Tech-Informations- und Kommunikationssysteme. Umfassende Auslagerung bedeutet daher auch den Verlust von Know-how, das für die erfolgreiche Durchführung militärischer Operationen erforderlich ist. Reguläre Streitkräfte können daher durch Auslagerung militärischer Aufgaben in ein ungewolltes Abhängigkeitsverhältnis von PMF geraten. Dazu kommt ein bereits stark erkennbarer Abgang von Spezialeinsatzkräften, die bei privaten Firmen ein Vielfaches ihres regulären Solds verdienen. So haben heute US-amerikanische und britische Spezialeinsatzkräfte schon Probleme, ihre Soldaten zu halten. Spinnt man den Gedanken noch weiter, so könnten PMF in gewissen Bereichen regelrecht zu Konkurrenten für reguläres Militär werden, was sich bei der Zuteilung des Budgets negativ auswirken könnte.

FIRMEN - LEISTUNGEN - VOLUMEN

	Meistverkaufte Leistungen	Gesamtes Auftragsvolumen für das Rechnungsjahr 2007
 KBR Kellogg Brown and Root (KBR)	- Logistische Unterstützung \$ 4,233,960,397 - Aufbau von Gebäuden und Anlagen \$ 25,450,974 - Aufbau anderer Infrastruktur \$ 24,102,112 - Instandhaltung, Reparatur oder Umbau von Liegenschaften \$ 23,270,589 - Betreiben von regierungseigenen Anlagen bzw. anderen Depots (Lagerhallen) \$ 7,879,211	\$ 4,231,144,499.-
Auftraggeber (US-Behörden)	- Außenministerium \$ 840,845,136 - Army \$ 205,247,287 - Navy \$ 135,263,227 - Air Force \$ 32,145,292 - Zolldienst \$ 11,115,530	
 CACI EVER VIGILANT™ CACI International Inc.	- Konstruktion und technische Dienstleistungen \$ 283,789,310 - Automatische Datenverarbeitung und Telekommunikationsdienste (beinhaltet Datenspeicherung auf Bändern, CDs usw.) \$ 162,615,481 - Programmmanagement/Unterstützungsdienste \$ 119,656,048 - Militärische Elektronik und Kommunikationsausrüstung und Entwicklung \$ 98,920,359 - Andere Dienste \$ 75,975,320	\$ 1,327,571,862.-
Auftraggeber (US-Behörden)	- Army \$ 629,095,510 - Navy \$ 325,046,145 - Offices, Boards and Divisions (beinhaltet Generalstaatsanwalt, etc.) \$ 77,025,704 - Defense Information Systems Agency \$ 59,872,968 - Federal Technology Service \$ 57,571,587	
 BLACKWATER Blackwater Worldwide	- Personaldienstverträge \$ 331,822,492 - Unterrichts und Ausbildungsdienste \$ 12,560,958 - Managementunterstützungsdienste \$ 3,505,465 - Andere Dienste \$ 1,886,072	\$ 352,232,388.-
Auftraggeber (US-Behörden)	- Außenministerium \$ 333,761,697 - Navy \$ 14,474,159 - Special Operations Command \$ 2,601,638 - Küstenwache \$ 892,807	
 ERINYS ERINYS Iraq	- Wachdienste \$ 61,516,397 - Kommunikationssicherheitsausrüstung und -komponenten \$ -15,000 - Schädlingsbekämpfung \$ -100,000	\$ 61,401,397.-
Auftraggeber (US-Behörden)	- Army \$ 61,401,397	
 ARMORGROUP Armor Group	- Schutzdienste \$ 24,284,318 - Andere Fachdienste \$ 7,374,952 - ADP Unterstützung und Sicherheitsdienste \$ -17,424	\$ 31,641,847.-
Auftraggeber (US-Behörden)	- Außenministerium \$ 28,850,345 - Navy \$ 2,791,502	

Verflechtungen mit Wirtschaft und Politik

PMF sind häufig in große Konzerne (meist aus der Rüstungsbranche) eingebunden. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist Kellogg Brown and Roots (KBR), einer der weltweit größten privaten Militärdienstleister und Hauptauftragnehmer der US-Army. KBR war bis zum April 2007 noch ein Tochterunternehmen des US-Konzerns Halliburton.

Zu den Dienstleistungen gehören vor allem Logistik und Infrastrukturaufbau für die US-Streitkräfte im Rahmen von Wiederaufbauprojekten. Die Firma geriet 2006 aber auch durch den Verdacht auf Bestechung in den öffentlichen Blickpunkt. Interessant sind vor allem die Verbindungen der Firma ins Weiße Haus. Richard Cheney vergab schon 1990 als Verteidigungsminister unter dem damaligen US-Präsidenten George Bush Aufträge an Halliburton, die dem Konzern eine Monopolstellung für logistische Unterstützung der US-Streitkräfte und Cheney den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden und des Geschäftsführers von Halliburton einbrachten.

Als Cheney im Jahr 2000 Vizepräsident unter George W. Bush wurde, blieben die Verbindungen zu Halliburton bestehen. Der Konzern und insbesondere KBR profitierten aus diesen Beziehungen. Besonders Aufträge im Irak, die oft ohne öffentliche Ausschreibungen vergeben wurden, zeugen davon. Angeblich überhöhte Rechnungen und nicht erbrachte Leistungen brachten KBR immer wieder ins Schussfeld der Kritik.

KBR ist jedoch bei weitem nicht die einzige PMF, die als Tochter eines Großkonzerns tätig ist. So unterhält z.B. auch Military Professional Resources Inc. (MPRI) als Tochter von Lockheed Martin, dem größten Rüstungskonzern der Welt, beste Verbindungen zum Pentagon.

Doch private Militärfirmen verlassen sich in der Regel nicht alleine auf ihre guten Verbindungen. Geschätzte 60 bis 70 Mio. Dollar werden von der privaten Militärindustrie jährlich in Lobbying investiert, um Regierungsaufträge zu erhalten.

PMF spielen besonders im Marketingbereich der Rüstungskonzerne eine Rolle. Ihre Mitarbeiter präsentieren die neuesten militärischen Technologien und verwenden sie bei der Ausbildung von Militär- und Polizeipersonal. So werben sie gleichzeitig bei den Auszubildenden für die neuen Produkte. Diese werden dann nicht selten von den zuständigen Ministerien auch bestellt.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob das „öffentliche Interesse“ mit den wirtschaftlichen Interessen der Konzerne immer vereinbar bzw. ident ist. Auch hier gilt es also für die Politik, klare Regelungen und Abgrenzungen zu treffen.

■ Abkürzungen

9/11	Terroranschläge vom 11. September 2001
BAPSC	British Association of Private Security Companies
CoC	Code of Conduct
CPA	Coalition Provisional Authority
EO	Executive Outcomes
EU	Europäische Union
HUMINT	Human Intelligence
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IPOA	International Peace Operations Association
LN	Local National
LSC	Logistics and Support Companies
MEJA	Military Extraterritorial Jurisdiction Act
MPRI	Military Professional Resources Inc.
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non-Governmental Organisation
OAU	Organization of African Unity
OSINT	Open Source Intelligence
PIF	Private Intelligence-Firma
PMF	Private Militärfirma
PSC	Private Security Companies
PSF	Private Sicherheitsfirma
SI	Sandline International
SIGINT	Signals Intelligence
SSR&Ds	Security Sector Reform and Development Companies
UNO	United Nations Organization

Resümee

Trotz aller berechtigter Skepsis und Bedenken gegenüber PSF und PMF dürfen die Fakten nicht aus den Augen verloren werden. Dazu gehören einerseits der Bedarf und andererseits das Angebot dieser Firmen.

Auf der Bedarfsseite ist dabei festzuhalten, dass für Einsätze im Rahmen des internationalen Krisenmanagements – und v.a. für den (Wieder-)Aufbau von staatlichen Institutionen – bislang immer zu wenige Kräfte zur Verfügung standen. Angesichts sinkender Verteidigungsausgaben und reduzierter Truppenstärken dürfte sich daran auch in der nahen Zukunft wenig ändern. Weiters lassen moderne Rüstungstechnologien, die unter zunehmendem Zeitdruck bei den Streitkräften Eingang finden, eine verstärkte Abstützung auf oder Abhängigkeit von zivilen Experten erwarten. Dass Nachrichtendienste spätestens seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 vermehrt auf Wissen, die Kontakte und besonderen Fähigkeiten außenstehender Personen und Spezialfirmen angewiesen sind, ist mittlerweile allseits bekannt.

Dabei spielt auch der Umstand eine wesentliche Rolle, dass Aufmerksamkeit und Widerstand in Politik und Öffentlichkeit beim Einsatz von „Privatsoldaten“ wesentlich geringer ausfallen als bei regulären Soldaten. Ihr Einsatz fällt daher unter Umständen leichter als der regulärer Streitkräfte.

Auf Angebotsseite lässt sich erkennen, dass PSF/PMF zunehmend um Seriosität und politische Anerkennung bemüht sind. Sie wollen weg vom Söldnerimage und unterwerfen sich dazu auch bestimmten Verhaltensregeln. Kritische Vorfälle wie im Falle Blackwater im Herbst 2007 weisen in diesem Zusammenhang auf die Problematik des direkten Kampfeinsatzes hin. Dies ist zweifelsohne der kritischste Bereich, der regulären Soldaten vorbehalten bleiben sollte. Er stellt aber in einer Gesamtschau eher die Ausnahme dar, denn PSF/PMF agieren hauptsächlich im Unterstützungsbereich (Betreiben von Militärcamps, Wartung von Fahrzeugen und Flugzeugen, Ausbildung von Soldaten und Polizisten). In diesen Tätigkeitsfeldern gibt es auch sehr positive Erfahrungen z.B. in Afghanistan.

Im Fokus der privaten Anbieter stehen künftig Aufträge im Rahmen der internationalen Katastrophenhilfe, humanitärer Missionen sowie bei Friedenseinsätzen nach bewaffneten Konflikten. Es ist klar, dass sie damit zwangsläufig zu „Konkurrenten“ von Hilfsorganisationen, aber auch von regulären Streitkräften werden. Auch in diesen Bereichen sollte daher eine sehr genaue Analyse angestellt werden, ob bzw. welche Aufgaben PSF/PMF anzuvertrauen sind. Trotz aller Potenziale bleiben sie ein zweiseitiges Schwert, das Positives leisten, aber auch Unheil anrichten kann.

Letztlich liegt aber die Verantwortung über die Zukunft dieser Firmen bei den einzelnen Staaten, in denen sie ihren Firmensitz haben, für die sie agieren oder in denen sie aktiv werden. Zusätzlich spielen internationale Organisationen wie die UNO und die NATO, aber auch die EU eine wesentliche Rolle bei der Einstufung und Reglementierung dieser Sicherheitsbranche. Bedauerlicherweise hat eine umfassende Diskussion darüber noch nicht eingesetzt. Sie wird aber wohl unvermeidlich sein.

Internetlinks



<http://www.ipoaonline.org/php/>



<http://www.bapsc.org.uk/>



<http://www.pscai.org/>



Internationales Konfliktmanagement im Fokus. Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich

Fragile Staaten oder aus Bürgerkriegen hervorgegangene Quasi-Staaten werden in der westlichen Welt wegen der zunehmenden Internationalisierung von Risiken wie Proliferation, organisierter Kriminalität oder Terrorismus immer mehr als potenzielle

Gefahr für die eigene nationale Sicherheit wahrgenommen. Die Publikation analysiert die unterschiedlichen Zugänge zum Nation- und State Building sowohl bei den lokalen Akteuren als auch von Seiten der internationalen Staatengemeinschaft.



Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan. Ein innovatives Instrument des internationalen Krisenmanagements auf dem Prüfstand

Provincial Reconstruction Teams (PRT's) stehen seit 2003 in Afghanistan für verstärkte zivil-militärische Interaktion und sollen die Sicherheit und die Effektivität des Wiederaufbaus in den Provinzen verbessern. Markus Gauster informiert in dieser Studie über das Potenzial von PRTs und vergleicht dabei das deutsche, britische und US-Modell.



Small Arms - Big Problem

Kleinkaliberwaffen werden oft als die wirklichen Massenvernichtungswaffen bezeichnet. Sie spielen eine zentrale Rolle in Bürgerkriegen, Staatszerfall, Kriminalität und Terrorismus und vereiteln entwicklungspolitische Maßnahmen. Die von Peter Hazdra herausgegebene Publikation gibt einen Einblick in internationale Strategien und Konzepte über den Umgang mit dem „kleinen großen“ Problem.



Krisenherd Nordostafrika. Internationale oder afrikanische Verantwortung?

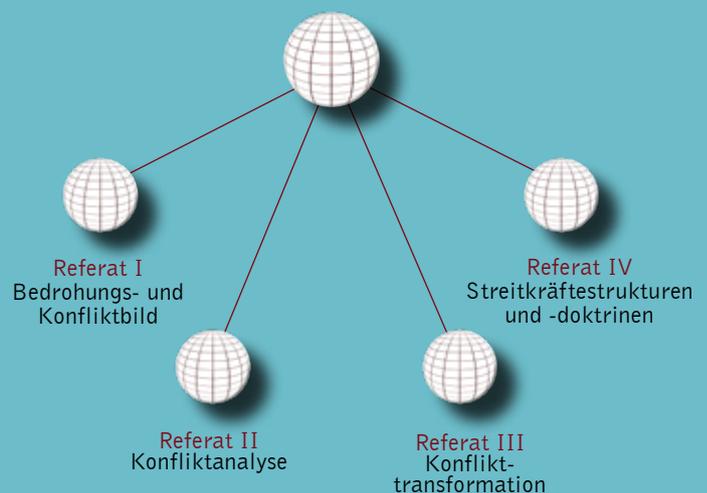
Der Sammelband beschäftigt sich mit den Konflikten in Nordostafrika sowie dem Konfliktmanagement durch regionale und internationale Organisationen. Beleuchtet werden diverse Konflikte, die synonym für zwischenstaatliche Konflikte, Bürgerkrieg und Staatszerfall stehen. Weiters werden regionale und internationale Akteure sowie Lösungsansätze untersucht.

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) wurde 1999 gegründet. Es ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie (LVAK) des österreichischen Bundesheeres: Die drei Kernaufgaben des Institutes sind:

- Beiträge zur Politikberatung
 - Forschung und Lehre
 - Öffentlichkeitsarbeit
- Bedrohungs- und Konfliktbild: Dieses Referat befasst sich mit der Erforschung aktueller und erwartbarer Phänomene aktueller und künftiger bewaffneter Konflikte. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 stellen der internationale Terrorismus und dessen Bekämpfung ein zentrales Forschungsgebiet dar.
 - Konfliktanalyse: Der Forschungsschwerpunkt in diesem Referat liegt im Vergleich bewaffneter Konflikte und deren Ursachen. Die Akteure, ihre Zielsetzungen, Interessen, Strategien und Mittel stehen im Zentrum der Betrachtung.
 - Konflikttransformation: Dieses Referat beschäftigt sich mit den Theorien und der Auswertung praktischer Erfahrungen zu Früherkennung, Prävention, Steuerung, Beendigung und Aufarbeitung von Konflikten. Besondere Berücksichtigung findet die Rolle von Streitkräften bei der Bewältigung der verschiedenen Konfliktphasen.
 - Streitkräftestrukturen und -doktrinen: In diesem Referat werden Anforderungsprofile und Konzepte analysiert, die Streitkräfte zu friedenssichernden Einsätzen befähigen sollen. Erfahrungen aus früheren Missionen und erwartbare Konfliktbilder stellen dafür die Basis dar.

INSTITUTSLEITUNG



So kommen Sie zu uns:

- Nähe U3-Station Neubaugasse, Ausgang Stiftgasse
- Kreuzung: Innere Mariahilferstraße (Höhe Nr. 30) / Stiftgasse



Impressum

Eigentümer, Verleger und Hersteller:
LANDESVERTeidIGUNGSakademie
Bundesministerium für Landesverteidigung
AG Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Tel. +43-1-5200-40700

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Brigadier Dr. Walter Feichtinger

Redaktion:
Dr. Walter Feichtinger, Mag. Wolfgang Braumandl

Kontakt:

Landesverteidigungsakademie Wien
Institut für Friedenssicherung
und Konfliktmanagement

AG Stiftgasse 2a
Akademietrakt 2. Stock, Süd-Risalit
1070 Wien
ÖSTERREICH

tel. | +43 / 1 / 5200 407 01
fax | +43 / 1 / 5200 172 62
e-mail | lvak.ifk@bmlv.gv.at

Designkonzept und Layout:
Alexander Erb

Grafik:
Florian Gaberszig

Herstellung:
BMLV / Heeresdruckerei Arsenal, 1030 Wien - R633
Nachdruck genehmigt; Bilder urheberrechtlich geschützt

E-Mail: lvak.ifk@bmlv.gv.at

Autoren:



Brigadier Dr. Walter Feichtinger

Leiter des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zahlreiche wissenschaftliche Publikationen, Buchveröffentlichungen zu sicherheitspolitischen Themen sowie internationalem Krisenmanagement.



Mag. Wolfgang Braumandl

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie. Zu seinen Forschungsfeldern gehören Privatisierung von Sicherheit und Intelligence Studies. Veröffentlichungen und Vorträge zu folgenden Themen: Auslagerung von militärischen Aufgaben, Terrorismus, nachrichtendienstliche Kooperation in der EU. Mitarbeit an verschiedenen IFK-Publikationen.

Die Publikation entstand mit besonderer Unterstützung
von Kristof Steiner, Igor Sekardi und Matthias Jurek.